

ecke

nr. 1 – märz 2025

müllerstraße

zeitung für das »lebendige zentrum« und sanierungsgebiet müllerstraße. Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung



WELCHE ECKE?



Wo hat unser Fotograf Christoph Eckelt dieses Foto aufgenommen? Wenn Sie den Ort wissen, schreiben Sie uns die Lösung und vergessen bitte auch nicht Ihre Post-Adresse! Denn unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir einen Gutschein über 20 Euro für das Kino Alhambra. Schicken Sie uns Ihre Antwort bitte per Post an: Ulrike Steglich c/o Ecke Müllerstraße, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: eckemueller@gmx.net. Einsendeschluss ist Montag, der 14. April 2025. Das Bilderrätsel in der Ecke Müllerstraße 6/2024 zeigte den Schriftzug am Kino Alhambra. Gewonnen hat Ingo Pecks – herzlichen Glückwunsch!

Verkehrsmengen Rad jetzt online

Im Geoportal des Landes Berlin wurde jetzt erstmals eine Karte mit den hochgerechneten werktäglichen Verkehrsstärken im Radverkehr veröffentlicht. Sie bezieht sich auf das Jahr 2023 und zeigt in erster Linie das Hauptverkehrsstraßennetz der Stadt. Im Bezirk finden sich die Spitzenwerte sämtlich im Ortsteil Mitte: in Teilen der Alexanderstraße hinter dem Alex, im Umfeld der Jannowitzbrücke, Unter den Linden und in der Liniestraße, einer der ersten Fahrradstraßen Berlins. Diese Radverkehrsanlagen nutzen mehr als 60.000 Radfahrende am Tag, teilweise sogar knapp 80.000. Das Gebiet um die Müllerstraße dagegen erscheint auf dieser Karte als vergleichsweise geringfügig vom Radverkehr genutzt. Die Spitzenwerte finden sich hier mit gut 30.000 Radfahrenden pro Werktag in der Fenn- und Müllerstraße

rund um den Weddingplatz und auf der Fennbrücke. Entlang der Müllerstraße nehmen sie Richtung Norden kontinuierlich ab und erreichen am Centre Francais kaum noch 10.000. Allerdings wurden die letzten Teile des geschützten Radweges auf der Müllerstraße auch erst im September 2023 eröffnet und die meisten der neuen Fahrradstraßen erst später eingerichtet. Vermutlich werden deshalb die Werte der Verkehrsmengenkarte Rad im Gebiet künftig in die Höhe schnellen. Die Karte findet man im Geoportal Berlin unter »Fachkarten«, »Verkehr« und »Verkehrsmengen DTVw2023«.

Elektronischer Versand

Sie möchten auf elektronischem Weg die aktuelle Zeitung als PDF erhalten? Schreiben Sie uns eine kurze E-Mail, und wir nehmen Sie in unseren Mail-Verteiler auf: eckemueller@gmx.net

INHALT

Seite 3 Blockkonzept S-Bahnhof Wedding

Seite 4 Der Weddingplatz ist fertig

Seite 5 Messerverbot auf dem Leopoldplatz

Seite 6 Kiezblock am Sparrplatz

Seite 7 Land Unter in der Seestraße

Seite 8 Wer war Franziska Bereit?

Seite 9 Karstadt-Umbau aufgeschoben

Seite 10 Schlammabseitung im Volkspark

Aus dem Bezirk Mitte:

• **Seite 11** Schulwegsicherheit im Bezirk

• **Seite 12** Migration: Ohne geht's nicht

• **Seite 13** Bezirksnachrichten

• **Seite 14** Ausgleichsbeträge im Sanierungsgebiet: Was ist das?

Seite 15 Gebietsplan und Adressen

Seite 16 Eckensteher

IMPRESSUM

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »Ecke Müllerstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 283 31 27, eckemueller@gmx.net

Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de

Druck: Möller Pro Media

V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Die nächste Ausgabe

der Ecke Müllerstraße erscheint Ende April 2025.

Ecken im Web

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Müllerstraße« sind abrufbar unter: www.muellerstrasse-aktiv.de

Was passiert im Umfeld des S-Bahnhofs Wedding?

Infoveranstaltung voraussichtlich am 12. März, 18 Uhr

Der von der S-Bahn durchschnittene Häuserblock um den S-Bahnhof Wedding herum bedarf dringend einer städtebaulichen Neuordnung. Er ist derzeit weit davon entfernt, sein städtebauliches Potenzial unmittelbar an einem Knotenpunkt des Berliner ÖPNV auszuschöpfen. Auf einer öffentlichen Informationsveranstaltung am 12. März sollen erste Vorstellungen über die Entwicklung des Blockes vorgestellt werden.

Der Bereich gilt zum Großteil planungsrechtlich noch als ein »beschränktes Arbeitsgebiet«, ein juristisches Relikt aus den 1950er Jahren, das unter anderem Wohnungsbau verbietet. An der Tegeler Straße kann der Bezirk deshalb nicht verhindern, dass hier vollkommen intakte Wohnhäuser abgerissen werden (siehe Seite 6). An der Reinickendorfer Straße schützt deshalb jetzt der Aufstellungsbeschluss für einen neuen Bebauungsplan (B-Plan 1-120) langfristig die Wohnbebauung. Anders als im Mettmannkiez befinden sich hier die meisten der mit Wohn-Altbauten bestückten Grundstücke aber in Einzelbesitz und nicht im Eigentum der Bayer AG. Und die sieht den Blockbereich um den S-Bahnhof auch nicht mehr als Erweiterungspotenzial ihres Berliner Campus an. Nur das Parkhaus an der Müllerstraße mit dem Betriebskindergarten auf dem Dach soll künftig noch von Bayer betrieben werden.

Auch das Grundstück mit dem »schwarzem Netto« neben dem S-Bahnhof hat noch ein immenses Entwicklungspotenzial. Hier ist seit Jahrzehnten nichts mehr investiert worden, der Discounter pfeift sozusagen auf dem letzten

Loch. Seine Tiefgarage zum Beispiel ist schon so lange gesperrt, dass sich kaum einer erinnert, dass sie überhaupt existiert. Und im Vergleich zu dem neuen Edeka-Markt auf der anderen Seite des S-Bahnhofs herrscht im »Netto mit Hund« tote Hose. Der eine Laden brummt (obwohl ohne Kundenparkplatz), in den anderen traut man sich nur mit viel Abenteuerlust noch hinein. Und das obwohl an der Kreuzung der U6 mit dem S-Bahn-Ring permanent viele Menschen umsteigen und die Lage für einen Nahversorger eigentlich ausgesprochen gut sein müsste.

Der dänische Eigentümer des schwarzen Netto strebt jetzt zusammen mit der Bayer AG eine Neuordnung an. Ein dritter Investor könnte die Grundstücke der beiden Konzerne übernehmen und entwickeln, wobei er sich dazu verpflichten müsste, das Bayer-Parkhaus und den Betriebskindergarten sowie den Netto-Discountermarkt weiter eine Heimstatt zu geben.

Aber auch der Bezirk muss Vorstellungen für die Entwicklung des Blocks formulieren. Denn nur in Kooperation könnten beide einen »vorhabenbezogenen Bebauungsplan« aufstellen, der das künftige Baurecht festschreibt.

Dabei würde der Bezirk darauf achten, dass hier auch bezahlbarer Wohnungsneubau entsteht. Wobei die Lage direkt an der Ringbahn natürlich die Möglichkeiten beschränkt, denn Wohnungen mit Ausrichtung auf die Gleise sind ab einer bestimmten Höhe aufgrund des nächtlichen Lärms nicht mehr zulässig. Die Lärmschutzwand entlang der Gleisanlagen funktioniert weiter oben nicht mehr.

Andererseits sind Büros derzeit für Projektentwickler in Berlin ökonomisch keine Alternative. Obwohl die Berliner Wirtschaft anders als im Bund positive Wachstumsraten aufweist (laut Wirtschaftssenatorin Giffey sind in Berlin insbesondere Fintech, Green Tech, Health Tech und Games Wachstumsbranchen), kommen derzeit weitaus mehr Büroflächen auf den Markt, als nachgefragt werden. Die Überkapazitäten dürften noch auf Jahre hinaus bestehen – und die Banken entsprechend kritisch bei der Finanzierung von Bürohäusern sein. Stattdessen boomen derzeit an Stellen, die sich nicht für Wohnungsbau eignen. »Serviced-Apartments«. Planungsrechtlich gelten die als Hotels und nicht als Wohnraum. Auf dem Dach des Gesundbrunnencenters zum Beispiel sollen jetzt 162 solcher vermutlich teuren Kurzzeit-Kleinstwohnungen in Holzbauweise entstehen. Auch beim Umbau des Schillerpark-Center sind Hotelapartments geplant.

Informationsveranstaltung zum geplanten Blockkonzept für den Bereich um den S-Bahnhof Wedding: voraussichtlich Mittwoch, 12. März, 18 Uhr, Ort bitte nachsehen unter: www.muellerstrasse-aktiv.de.

Die Altbauten rund um den östlichen Ausgang des S-Bahnhofs Wedding sind mit dem Aufstellungsbeschluss für den B-Plan 1-120 jetzt planungsrechtlich gesichert. Sie können jetzt zwar noch aufgestockt und modernisiert, aber nicht mehr zugunsten von Gewerbebauten abgerissen werden.





Der Weddingplatz ist fertig

Noch etwas kahl – aber das wird mit der Zeit

Nach etwa zwanzig Monaten Bauzeit ist der neue Weddingplatz jetzt endlich fertig. Aber er wirkt noch etwas unwirklich und kahl: Die 49 neu gepflanzten Bäume müssen kräftig wachsen, bevor sie dem Platz wie versprochen ein einigermaßen durchgehendes Blätterdach schenken, das in den im Klimawandel zunehmend aufgeheizten heißeren Sommern der Zukunft Kühlung verspricht. Die Neuanpflanzungen ergänzen einen Bestand aus insgesamt 32 alten Bäumen.

Der Umbau hatte im April 2023 begonnen und war zuvor auch mit den Anwohnerinnen und Anwohnern vor Ort diskutiert worden: Viele neue Sitzmöbel wurden aufgestellt und ein moderner Brunnen mit 13 Wasserdüsen errichtet. Die Grünflächen sind leicht zu pflegen – darauf besteht das Straßen- und Grünflächenamt, bei dem das Personal immer knapp ist.

Der Endstummel der Reinickendorfer Straße wurde in die Platzgestaltung einbezogen. Hier ist zwar noch eine schmale Fahrbahn, über die die angrenzenden Gebäude versorgt werden können. Die Zahl der Parkplätze, die sie früher umsäumten, ist aber drastisch reduziert. Früher war die Grenzzone zum Weddingplatz oft sehr vermüllt und unwirtlich, heute laden hier Bänke zum Verweilen ein. Die Umgestaltung des Platzes kostete rund 3,4 Millionen Euro, finanziert durch das Bundesförderprogramm »Lebendige Zentren und Quartiere«.

Auch die Dankeskirche, ein heute denkmalgeschützter Bau des Berliner Stararchitekten Fritz Bornemann von 1970–72 im Stil des Brutalismus, ist im Stadtbild wieder präsenter. Früher war sie von Sträuchern weitgehend verdeckt. Derzeit beherbergt sie die syrisch-orthodoxe Gemeinde Mor

Izozel der in Berlin lebenden christlichen Aramäer, die zumeist aus dem Südosten der Türkei und aus Syrien stammen.

Die Planung für die Umgestaltung des Weddingplatzes erfolgte durch das Büro Franz Reschke Landschaftsarchitektur in Zusammenarbeit mit Anselm von Held (Lichtplanung) und Freie Planungsgruppe Berlin (Verkehr). Es wird noch einige Jahre dauern, bis die Intention der Planerinnen und Planer tatsächlich sinnlich erfahrbar sein wird und sich das Blätterdach über ihm entfaltet. Mit der Zeit wird es aber wachsen und wachsen. cs

Eisstadion doch geschlossen

Kühlanlage wird im Laufe des Jahres plangemäß erneuert

Das Erika-Heß-Eisstadion ist wegen des dringenden Erneuerungsbedarfs der Kühlanlage seit dem 20. Januar geschlossen. Als Grund gibt der Bezirk den Verschleiß der inzwischen mehr als 50 Jahre alten Verdichter der Kühlanlage an. Sie soll, wie schon lange geplant, im Laufe des Jahres erneuert werden. Eigentlich war man zuversichtlich gewesen, dass ein Betrieb der Kühlanlage bis zum Ende der Saison und damit bis zu ihrer plangemäßen Erneuerung möglich ist. Mit großem Bedauern musste dann aber festgestellt werden, dass die Leistungsfähigkeit der Verdichter für eine konstante Kühlung des Eises nicht mehr ausreicht. Eine Überlastung der Anlage ist aber aufgrund des ammoniakhaltigen Kühlmittels zwingend zu vermeiden.

Das betrifft vor allem den Vereinssport. Denn die Halle dient unterschiedlichen Vereinen als Trainingsstätte für Eishockey, Eiskunstlauf und Curling. Darüber hinaus spielte sie über Berlin hinaus eine wichtige Rolle für den nationalen Leistungssport. »Wir werden nun mit Hochdruck daran arbeiten, dass wir durch die Sanierungsmaßnahme an der Kühlanlage das Eisstadion in der kommenden Saison mit beiden Eisflächen öffnen können«, verspricht jetzt der für Sport zuständige Bezirksstadtrat Benjamin Fritz.

Für kleines Geld auf große Fahrt.

Das Jugendamt Mitte bietet auch in diesem Jahr für Kinder und Jugendliche zwischen 7 und 17 Jahren aus Berlin-Mitte interessante Reisen in den Sommer- und Herbstferien an. Die Anmeldung ist ab sofort möglich. Genaueres erfährt man in der Broschüre »Ferienreisen des Jugendamtes 2024«, die man auf der Website des Jugendamtes herunterladen kann.

www.berlin.de > Mitte > Politik und Verwaltung > Ämter > Jugendamt > Aktuelles

Waffenverbot auf dem Leopoldplatz

Messer dürfen hier nur mit »mehr als drei Handgriffen erreichbar« mitgeführt werden

Seit dem 15. Februar herrscht auf dem Leopoldplatz ein striktes Waffen- und Messerverbot. Wer hier mit einem Messer oder einer »kleinen« Waffe (beispielsweise einer Schreckschuss-, Reizstoff- oder Signalwaffe) angetroffen wird, kann mit einem Bußgeld von bis zu 10.000 Euro belegt werden – und zwar sowohl auf dem Platz als auch im U-Bahnhof. Die Länge der Klinge spielt dabei keine Rolle. Die Ordnungskräfte haben aber einen recht großen Ermessensspielraum.

Die Regelung gilt auch im Görlitzer Park und am Kottbusser Tor, also in allen drei Stadtbereichen, die vom Berliner Sicherheitsgipfel als Schwerpunkte des Drogenhandels identifiziert sind. Dort häufen sich auch die Gewaltdelikte. In der Begründung der »Verordnung über das Verbot des Führens von Waffen und Messern«, die am 17. Dezember 2024 vom Senat beschlossen wurde, wird das näher ausgeführt: Zwischen 2022 und dem Herbst 2024 wurden insgesamt acht Menschen auf dem Leopoldplatz schwer verletzt. In den vergangenen knapp drei Jahren wurde hier nahezu täglich ein Rohheitsdelikt wie Körperverletzung, Raub, Freiheitsberaubung oder Bedrohung festgestellt, mit einem klaren Schwerpunkt bei Körperverletzungen und mit insgesamt 99 Messerattacken und zusätzlich auch noch insgesamt 20 Sexualdelikten. Im Jahr 2024 wurde außerdem drei Mal zum Einsatz von Schusswaffen ermittelt und, wie auch im Jahr zuvor, zu einem versuchten Tötungsdelikt.



Diese hohe Belastung durch Gewaltkriminalität lässt sich natürlich auf den Drogenhandel zurückführen. Die kriminellen Organisationen der Dealer schrecken mögliche Konkurrenten mit roher Gewalt ab. Aber auch die Suchtkranken gehen aufeinander los, weil sie sich untereinander nicht trauen und sich tatsächlich auch oftmals gegenseitig bestehlen – insbesondere die heftigen und schnell einsetzenden Entzugssymptome nach dem Rauchen von Crack führen zu extremen Nebenwirkungen. Zudem berichten Beobachter, dass sich auch die normale Obdachlosenszene zunehmend mit Messern bewaffnet, weil sich viele sich durch die Zustände im Umfeld des Leo bedroht fühlen.

Aber Messer sind natürlich auch Alltagsgegenstände. Wenn man Obdachlosenszene verbietet, ein normales Küchenmesser mit sich zu führen, greift man damit tief in deren Grundrechte ein. In der Verordnung sind daher viele Ausnahmen formuliert, etwa »für Personen, die ein Messer nicht zugriffsbereit von einem Ort zum anderen befördern« (§3, Abs. 2e). Im Anhang wird das genauer ausgeführt: »Ein Messer ist nicht zugriffsbereit, wenn es nur mit mehr als drei Handgriffen erreicht werden kann.« Über die Anzahl der Handgriffe bis zum Erreichen lässt sich natürlich im Einzelfall streiten: ein Taschenmesser in der Jacken- oder Handtasche oder in der Seitentasche des Rucksacks könnte jedoch zu einfach zu greifen sein. Sicher geht man, wenn man sein Messer noch zusätzlich verpackt.

Weitere Ausnahmen gelten für Menschen, die ein »berechtigtes Interesse« am Führen einer Waffe oder eines Messers haben. Dazu sind in der Verordnung zahlreiche Beispiele aufgeführt. Danach müssten etwa auch die handgefertigten Messer auf dem Weddingmarkt weiterhin verkauft werden dürfen – wenn der Händler sie bei der Übergabe an die Kunden ordentlich verpackt. Ob man sich auf einer Parkbank des Leopoldplatzes einen Apfel schälen darf, obliegt dem Ermessensspielraum der Ordnungskräfte: Denn auch die Nutzung von Messern »zur Zubereitung und zum Verzehr von Speisen in den Parkanlagen innerhalb der Waffen- und Messerverbotzonen kann ein berechtigtes Interesse darstellen.«

Im Alltag wird sich freilich kaum einer um all diese speziellen Details scheren – allein schon, weil sie von den Hunderttausenden, die den Leopoldplatz im Laufe eines Jahres ober- oder unterirdisch passieren, kaum einer kennen wird. Die Dauergäste des Platzes wird die Polizei aber auf die neuen Regeln hinweisen und ihnen gegebenenfalls die Messer wegnehmen. Jedoch dürfte es bei Suchtkranken schwerlich möglich sein, Bußgelder einzutreiben.

Auf das Demonstrationsrecht und die Versammlungsfreiheit im Bereich des Leopoldplatzes wirkt sich die neue Verbotszone übrigens nicht aus. Das Versammlungsgesetz verbietet nämlich ohnehin bei öffentlichen Versammlungen und Aufzügen generell das Mitführen von Gegenständen, »die ihrer Art nach zur Verletzung von Personen oder zur Beschädigung von Sachen geeignet und bestimmt sind.«

cs



Fahrradstraße weitgehend fertig

Lynarstraße jetzt mit Durchfahrtsperre für Kfz

Die Bauarbeiten für die neue Fahrradstraße in der Lynarstraße sind abgeschlossen. Zwischen dem S- und U-Bahnhof Wedding und der Tegeler Straße hat künftig der Fahrradverkehr Vorrang.

Die neue Fahrradstraße ist Teil des Kiezblocks Sprengelkiez, der vom Straßen- und Grünflächenamt Mitte (SGA Mitte) geplant wurde. Auf der Lynarstraße sind jetzt neue Schilder aufgestellt und Markierungen aufgebracht, die die Lynarstraße als Fahrradstraße kennzeichnen und die es leichter machen sollen, die Fahrbahn zu Fuß zu überqueren. Am Sparrplatz sorgen jetzt »Modalfilter« (Reihen aus Straßenpollern über die Fahrbahn) künftig dafür, dass der Kfz-Verkehr nicht mehr in einem Zug durch die Lynarstraße kommt. Rettungsfahrzeuge und die Müllabfuhr haben Schlüssel erhalten, mit denen man die Poller umklappen kann. Sie werden den Bereich also weiter passieren können.

Insgesamt sind 114 Stellplätze für Fahrräder und 20 Abstellmöglichkeiten für Lastenräder neu entstanden. Der Umbau zur Fahrradstraße hat insgesamt rund 90.000 Euro gekostet. Weitere rund 60.000 Euro sind für die Sanierung und Umgestaltung der Kreuzung an der Tegeler Straße erforderlich.

Anfang Dezember 2024 waren die wesentlichen Arbeiten für die neue Fahrradstraße abgeschlossen. Aufgrund von Bauarbeiten an den Fernwärmeleitungen dauerten die Arbeiten an den Mittelinseln an der Kreuzung zur Tegeler Straße aber noch an. Wegen einer Hochbaustelle am Bahnhof Wedding hat das Straßen- und Grünflächenamt die Markierung der Fahrbahn und den Bau von Fahrradbügeln dort zunächst zurückgestellt.

Bezirksstadtrat Christopher Schriner: »Mit der neuen Fahrradstraße in der Lynarstraße machen wir einen weiteren wichtigen Schritt für die nachhaltige Mobilität in unserem Bezirk. Sie bietet eine sichere und komfortable Strecke für Radfahrende und trägt gleichzeitig zur Verbesserung der Lebensqualität im Sprengelkiez bei.«

Abrisse im Mettmann-Kiez

Bezirksamt kann Vernichtung von Wohnraum nicht verhindern

»So sehr das Ersuchen politisch nachvollziehbar ist, so ist es aus Rechtsgründen abzulehnen.« Das Bezirksamt Mitte hat die Aufforderung der Bezirksverordnetenversammlung Mitte abgelehnt, seine Rechtsposition zum Abriss der Wohnbebauung im Mettmann-Kiez zu überprüfen. Danach darf die Bayer AG mehrere intakte Wohnhäuser an der Fenn- und Tegeler Straße zugunsten der Erweiterung ihres Campus im Wedding abreißen.

Ein Rechtsgutachten von Prof. Dr. Jörg Beckmann im Auftrag der BVV-Fraktion der Linken war im vergangenen Jahr zu einem anderen Ergebnis gekommen. Im September hatte die BVV mehrheitlich das Bezirksamt aufgefordert, diesem Gutachten zu folgen und den Abriss der Wohnhäuser zu versagen. Im Bezirksamtsbeschluss, der die Ablehnung dieses Antrages begründet, bezieht sich der Bezirk Mitte vor allem auf ein Urteil des Bundesgerichtshofs aus dem Jahr 1986. Danach stehen, kurz gesagt, die baurechtlichen Vorschriften im »beschränkten Arbeitsgebiet« über den Vorschriften des Zweckentfremdungsgesetzes, das den Abriss von Wohnraum untersagt. Das gesamte Gelände um die damalige Schering-AG wurde im Westberliner Baunutzungsplan von 1958 und 1960 als ein »beschränktes Arbeitsgebiet« festgeschrieben. Es reicht vom Mettmannplatz im Westen bis zum Nettelbeck- und Franz-Josef-Metzger-Platz im Norden und erstreckt sich im Süden bis zur Grenze zum Ortsteil Mitte am Erika-Hess-Eisstadion.

In einem beschränkten Arbeitsgebiet waren damals Wohnungen nur für Aufsichts- und Bereitschaftspersonal zulässig. Bestehende Wohnhäuser genießen dort zwar Bestandschutz, der vom Eigentümer jedoch nicht in Anspruch genommen werden muss. Wenn Bayer dort also Wohnhäuser abreißen will, dann darf das der Bezirk in dieser höchststrichrechtlichen Rechtsauffassung nicht versagen. Nur wenn Baupläne andere aussagen, ist der alte Baunutzungsplan außer Kraft gesetzt. Deshalb stellt der Bezirk für den mit Wohnhäusern bebauten Bereich an der westlichen Reinickendorfer Straße jetzt einen solchen B-Plan auf (siehe Artikel auf Seite 3). Auch im Bereich der Tegeler und Fennstraße ist ein solcher in Arbeit. Allerdings würde die Bayer AG hier nicht zulassen, dass ihr der Abriss der Wohnhäuser versagt würde.

cs



Silvesterkracher unter der Seestraße

Bis Mai soll eine neue Hauptwasserleitung verlegt sein

Der eigentliche Kracher knallte dieses Mal im Untergrund: Unter dem Mittelstreifen der Seestraße etwa auf Höhe der Guineastraße brach an Silvester eine wichtige Hauptleitung für Trinkwasser der Berliner Wasserbetriebe. Die Straße verwandelte sich tatsächlich in einen See, direkt neben den Straßenbahngleisen wurde ein etwa 20 Quadratmeter großes Loch ausgespült. Die Trinkwasserversorgung von mehreren hunderttausend Berlinerinnen und Berliner war betroffen.

Aber nicht lange: Die meisten dürften davon gar nichts mitbekommen haben – bei vielen sank kurzzeitig nur der Wasserdruck oder der Wasserhahn spratzelte kurz beim Aufdrehen. Die Berliner Wasserbetriebe bekamen die Havarie relativ schnell in den Griff. Für die Bewohnerinnen und Bewohner des Afrikanischen Viertels und des Brüsseler Kiezes brachte sie dennoch Unannehmlichkeiten: Bis Mitte Februar fuhr die Straßenbahn nämlich nicht mehr und der Schienenersatzverkehr quälte sich im Stau über die Seestraße. Und seit dem 13. Januar ist auch der U-Bahnhof Seestraße wieder halbseitig gesperrt, bis Mitte 2026 halten hier keine Züge in Richtung Süden (Alt-Mariendorf). Inzwischen ist aber wenigstens die Tram wieder in Betrieb.

Vermutlich hat diese auch zum Brechen des Rohres beigetragen. Die modernen, gut 40 Meter langen Niederflur-Straßenbahnen der Linien M13 und 50 bringen nämlich

schon leer ein Gewicht von gut 50 Tonnen und vollbesetzt sogar von annähernd 70 Tonnen auf die Schiene. Die fast hundert Jahre alte Frischwasserleitung aus Grauguss lag zwar nicht direkt unter dem Gleisbett, sondern seitlich etwas versetzt. Dennoch dürften die Erschütterungen durch die Züge zur Ermüdung des Materials beigetragen haben. Bis 1964 verkehrten an gleicher Stelle übrigens schon einmal Straßenbahnen, damals fuhr hier die Linie 3. Die Wasserbetriebe erneuern jetzt ihre Hauptleitung auf einer Länge von etwa 200 Metern. Bis Mai sollen die Arbeiten abgeschlossen sein.

cs

Auch Mitte macht mit

Allianz gegen Umwandlung von Wohnraum

Die Umwandlung von Wohnraum in Eigentumswohnungen ist in Berlin weit vorangeschritten. Viele Menschen werden durch Eigenbedarfskündigungen aus ihren Wohnungen und ihrem sozialen Umfeld verdrängt. Um die Wohnungsnot zu stoppen, die durch Umwandlung und Eigenbedarfskündigungen entsteht, wollen die Bezirksamter Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte, Neukölln und Pankow jetzt gemeinsam mit dem Berliner Mieterverein betroffene Mieter und Mieterinnen beraten und informieren. Außerdem soll das Problembewusstsein zum Thema Umwandlung vertieft und verstärkt werden.

Hierfür werden Informations- und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt sowie Flyer und Informationsbroschüren erstellt, die für Betroffene hilfreich sein können. Eine Allianz zwischen Politik, Zivilgesellschaft und Wohnungswirtschaft wird aufgebaut. Projektpartner sind neben Mieterverein und Bezirksamtern auch die asum GmbH und der AKS Gemeinwohl.

Ephraim Gothe, der Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung in Mitte unterstützt diese Allianz: »Bislang ist uns nicht ein Fall bekannt, wo eine Mietpartei in einem Milieuschutzgebiet in der Lage gewesen wäre, die eigene Wohnung zu kaufen! Jede Eigenbedarfskündigung ist ein Vorgang, der zu sozialer Verdrängung führt!«

Mehr Infos zum Projekt: www.baustelle-gemeinwohl.de

Wohnungsnot nimmt rapide zu

Der Bezirk Mitte muss immer mehr wohnungslose Menschen in Notunterkünften unterbringen. Genaue Zahlen dazu gab das Bezirksamt im Februar der BVV preis. Nach der Auswertung des Datenmaterials zur Wohnungslosenberichterstattung, das das Amt für Soziales dem Statistischen Bundesamt zur Verfügung stellt, hatte der Bezirk am Ende des Jahres 2024 insgesamt 6.364 Personen untergebracht, darunter 1947 Kinder. Neu eingewiesen wurden im vergangenen Jahr insgesamt 2066 Menschen, die Einrichtungen verlassen konnten hingegen nur 679. Das bedeutet unterm Strich eine Steigerung um etwa 1.400 Personen oder mehr als ein Viertel.



Ch. Eckelt

BVV ehrt mutige Weddingerin

Franziska-Bereit-Platz beschlossen

Der kleine dreieckige Platz an der Ecke Malplaquetstraße und Utrechter Straße wird nach einem Beschluss der BVV Mitte künftig »Franziska-Bereit-Platz« heißen. Damit wird eine mutige Weddingerin geehrt, die während des zweiten Weltkrieges in ihrer winzigen Wohnung drei jüdische Mitmenschen vor dem Zugriff der Nazis versteckte. Die Wohnung in der Malplaquetstraße 38 liegt nur wenige Meter von dem nach Franziska Bereit benannten Platz entfernt in dem Haus, indem heute der Landesverband Berlin des Deutschen Kinderschutzbundes sitzt. Die Initiative zur Benennung des kleinen Platzes ging von Bündnis 90/Die Grünen und der Linksfraktion Mitte aus und wurde von der SPD unterstützt. Mit der Benennung sind keine Adressänderungen verbunden. Sie soll jetzt so lange durch eine »zügige temporäre Markierung« sichtbar gemacht werden, bis Finanzmittel für die Einrichtung eines ständigen Gedenkorts zur Verfügung stehen.

Wer war Franziska Bereit?

Franziska Bereit wurde 1888 als Franziska Drzymala geboren und war seit 1906 als Kindermädchen und Hausangestellte bei dem jüdischen Ehepaar Karl und Rosalie Silbermann beschäftigt, wo sie sich vor allem um die beiden Töchter der Familie, Adelheid und Therese, kümmerte. Karl Silbermann war Immobilienmakler und besaß mehrere Häuser in der Reinickendorfer Straße, wo er mit seiner Familie auch wohnte. Im Jahr 1909 heiratete Franziska Drzymala den Schneider Karl Bereit, dennoch arbeitete sie für die Familie Silbermann weiter.

Mit Beginn der Herrschaft der Nationalsozialisten im Januar 1933 veränderte sich das Leben der Silbermanns grundlegend. Sie wurden als Juden aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben systematisch hinausgedrängt. Karl

Silbermann musste seinen Besitz unter Wert verkaufen, seine Tochter Adelheid musste wie viele andere Jüdinnen und Juden in einer Fabrik Zwangsarbeit leisten. Doch Franziska Bereit blieb in Kontakt zur Familie und unterstützte diese unter anderem mit Lebensmitteln.

Nur mit Glück entging Adelheid Silbermann am 27. Februar 1943 der Verhaftung im Rahmen der sogenannten »Fabrik-Aktion«. Dabei wurden die letzten jüdischen Zwangsarbeiter Berlins in verschiedene Sammellager geschickt und anschließend deportiert. In höchster Not fand Adelheid Silbermann in der Wohnung ihres ehemaligen Kindermädchens Franziska Bereit in der Malplaquetstraße 38 Zuflucht. Adelheids Schwester Therese war bereits zuvor mit ihrem Ehemann untergetaucht, beide verbargen sich in einer Gartenlaube von Bekannten, die allerdings bei einem Bombenangriff Ende Januar 1944 in Brand geriet. Daraufhin versteckte Franziska Bereit auch diese beiden in ihrer winzigen Wohnung.

Davon wussten auch Franziska Bereits Kinder Gertrud, Grete und Rudi, die regelmäßig Lebensmittel vorbeibrachten und ihr Enkel Günter, der mit in der Wohnung lebte. Darüber hinaus waren auch die meisten Nachbarn eingeweiht, denn während der Bombenangriffe suchten auch Franziska Bereits geheime Mitbewohner regelmäßig die Luftschutzkeller auf.

Adelheid Silbermann, ihre Schwester Therese und deren Ehemann Hermann überlebten und wanderten Ende der 1940er Jahre in die USA aus. Das Ehepaar Carl und Rosalie Silbermann und der Verlobte Adelheids wurden deportiert und ermordet.

Franziska Bereit starb 1958 in Berlin, sie erlebte ihre Auszeichnung durch den West-Berliner Senat als »Unbesungene Heldin« nicht mehr. Zuvor fand die mutige Tat der Weddingerin 1957 Eingang in Kurt Grossmanns Buch »Die unbesungenen Helden«.

(Auf Grundlage eines Textes von Stefanie Köhler, karame e.V.)



Gedenkstätte Stille Helden



Ch. Eckelt

Jetzt kommt erst mal Lidl

Versicherungskammer spielt auf Zeit: Karstadt-Umbau aufgeschoben

Vor gut einem Jahr schloss der Karstadt am Leopoldplatz seine Türen. Man fragt sich jetzt, ob das nicht ein Fehler war. Denn Galeria, wie der Konzern inzwischen heißt, ist aus dem Gröbsten heraus und schreibt unter neuer Führung wieder schwarze Zahlen. Für das laufende Jahr 2025 werden sogar massive Umsatzsteigerungen von etwa 20% erwartet, wie tagesschau-online vermeldet.

Die Planungen, die die signa-Gruppe seinerzeit zusammen mit dem Bezirk für den Standort entwickelte, liegen dagegen auf Eis. Der Umbau in den geplanten Dimensionen ist unter den derzeitigen Marktbedingungen kaum finanzierbar, auch wenn der Eigentümer eine große Versicherungsgesellschaft ist, die ihr eigenes Kapital mitbringt. Aber auch das muss Erträge erwirtschaften und fast 33.000 Quadratmeter für »Büros, Dienstleistungen und Gewerbe« (mehr als die Hälfte der Gesamtnutzfläche) wie im Siegerentwurf von Baumschlager Eberle Architekten lassen sich heutzutage nicht mehr vermarkten.

In den kommenden fünf bis zehn Jahren wird sich diese Marktsituation kaum ändern, deshalb sucht der Eigentümer nach wirtschaftlichen Zwischenlösungen. Der Bezirk engagiert sich unterdessen für kulturelle Nutzungsvarianten, aber auch deren Umsetzung dürfte schwierig werden. Denn die Haustechnik aus den 1970er Jahren ist für ein großes Kaufhaus konzipiert und nicht so einfach in kleinere Einheiten zu unterteilen. Auch fehlen die Toiletten und Sanitäranlagen. Und wie es bei neuen Nutzungsformen im vorhandenen Bestand mit dem Brandschutz und den Fluchtwegen aussieht, muss auch noch geklärt werden.

Fest steht: Will man in dem Gebäude mehrere unterschiedliche Nutzungen unterbringen, muss man zunächst einmal investieren.

Auf die Schnelle kommt jetzt erst mal Lidl. Der Discounter kooperiert bundesweit mit Galeria und ist auch am Hermannplatz und am Kurfürstendamm in bestehende Kaufhäuser des Konzerns eingezogen. Daraus freilich den Gedanken abzuleiten, auch Galeria zöge es wieder an den Leopoldplatz, ist eher spekulatives Wunschdenken. cs

Kieztage der BSR

Sperrmüllabgabe und integrierter Tausch- und Verschenkenmarkt

Matratzen, Kühlschränke, Sofas – illegal auf dem Gehweg abgestellter Sperrmüll gehört seit Jahren zum Alltag in Berlin. Die Entsorgung kostet das Land regelmäßig mehrere Millionen Euro. Um dieser negativen Entwicklung entgegenzuwirken, veranstaltet das Bezirksamt Mitte in Zusammenarbeit mit der Berliner Stadtreinigung (BSR) und den Stadtteilkoordinationen auch in diesem Jahr wieder BSR-Kieztage zur mobilen haushaltsnahen Entsorgung von Sperrmüll und anderen Wertstoffen. Private Haushalte können kostenfrei Sperrmüll, Elektroaltgeräte und Alttextilien abgeben.

Ein integrierter Tausch- und Verschenkenmarkt bietet zudem die Möglichkeit, »alte Schätze« weiterzugeben oder vielleicht auch selbst welche zu entdecken. Was am Ende des Tages nicht in neue Hände gewandert ist, kommt in die »NochMall« – das Gebrauchtwarenkaufland der BSR in Reinickendorf.

Im letzten Jahr fanden insgesamt 20 BSR-Kieztage in Mitte statt.

In der ersten Jahreshälfte 2025 sind in den Ortsteilen Wedding und Gesundbrunnen folgende Kieztage vorgesehen:

- Do, 20.03.2025: 13–18 Uhr, Ecke Triftstraße 13 / Tegeler Straße, 13353 Wedding
- Sa, 05.04.2025: 8–13 Uhr, Ostender Straße 12, 13353 Wedding
- Sa, 03.05.2025: 8–13 Uhr, Ecke Eulerstraße 9a / Jülicher Straße, 13357 Gesundbrunnen
- Do, 05.06.2025: 13–18 Uhr, Malplaquetstraße 12–11 / Ecke Utrechter Straße, 13347 Wedding
- Fr, 20.06.2025: 8–13 Uhr, Soldiner Straße 9 / Ecke Freienwalder Straße, 13359 Gesundbrunnen

Die jeweils aktuellen Kieztage des Bezirks Mitte werden regelmäßig auf www.berlin.de/ba-mitte/service bekanntgegeben. Weitere Informationen finden Sie auch auf der Website bsr.de

Für die Frösche und gegen den Gestank

Teiche im Volkspark Rehberge werden aufwändig entschlammt

Im Auftrag des Umwelt- und Naturschutzamtes werden derzeit die beiden kleinen Gewässer im Landschaftsschutzgebiet Volkspark Rehberge entschlammt: der Entenpfuhl und der Sperlingsee. Dadurch soll sich der ökologische Zustand der Gewässer verbessern und die beiden Teiche in den kommenden Jahren gegen den steigenden Einfluss des Klimawandels widerstandsfähiger gemacht werden.

In den vergangenen Jahrzehnten verschlechterte sich der ökologische Zustand insbesondere des Entenpfuhls so sehr, dass inzwischen Frösche und Molche sowie auch Wasserpflanzen kaum noch geeignete Lebensbedingungen vorfinden. Dazu trugen Nährstoffeinträge über Laub, Bodenerosion und sonstige Abfälle bei sowie der allgemeine Rückgang des Grundwasserstandes. Die Schlammsschicht ist stellenweise auf eine Dicke von mehr als einem Meter angewachsen. Besonders in den Wintermonaten kommt es zu Bakterienblüten und zur Freisetzung von Schwefelwasserstoff, der sehr unangenehm nach faulen Eiern riecht. Die Entschlammung erfolgt im Saugspülverfahren. Hierbei wird der Schlamm abgesaugt und in einer Presse mechanisch vom Wasser getrennt. Das überschüssige Wasser wird vor Ort in der Parkanlage versickert, die Sedimente werden abgefahren und deponiert. Zunächst ist der Entenpfuhl an der Reihe, in der zweiten Jahreshälfte folgt dann der Sperlingssee. Zum Schutz von Fröschen und Molchen werden Amphibienschutzzäune aufgestellt. Darüber hinaus wird die Oberflächenentwässerung der angrenzenden Parkwege neu geregelt, um den Nährstoffeintrag in die Gewässer zu verringern.

Wegen des Platzbedarfs der Baustelle ist nicht vermeidbar, dass es während dieser Zeit zu Einschränkungen des Verkehrs und des Parkplatzangebots in der Windhuker Straße kommt. Ebenso ist vor allem im späten Frühjahr und ab dem Spätsommer mit einer tagsüber leicht erhöhten, technisch bedingten Geräuschentwicklung zu rechnen. Hierzu werden Anwohnende noch einmal gesondert informiert. Die westliche Wegeführung um die Gewässer soll auch während der Maßnahme weitestgehend für Besucher des Parks offengehalten werden. Das Umwelt- u. Naturschutzamt geht davon aus, dass das Vorhaben bis Ende 2025 abgeschlossen sein wird. Die Gesamtkosten belaufen sich auf ca. eine Million Euro. Das Vorhaben wird im Berliner Programm für Nachhaltige Entwicklung 2 (BENE 2) gefördert. Dafür stehen Mittel des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung und des Landes Berlin zur Verfügung.



Ch. Eckelt

Anträge bis Ende März

Aktionsfonds für Umweltbildung eingerichtet

Der Aktionsfonds für Umweltbildung in Mitte unterstützt ab sofort Projekte, die das Umweltbewusstsein stärken, einen Beitrag zu Stadtnatur, Klimaschutz oder Nachhaltigkeit leisten und die zwischen September 2025 und Ende 2026 umgesetzt werden, mit bis zu 10.000 Euro. Als Beispiele nennt das zuständige Umwelt- und Naturschutzamt Clean-Ups mit Unternehmensbelegschaften, grüne Entdeckungstouren für Familien oder Koch-Workshops für Jugendliche. Ziel sei es, Menschen jeden Alters und verschiedener Hintergründe für Umwelt- und Klimathemen zu begeistern. Besonders willkommen sind Projekte, die generationsübergreifend wirken, Inklusion fördern und den Austausch von Fachwissen ermöglichen. Antragsberechtigt sind alle juristischen Personen. Die Projekte müssen einen klaren Bildungsaspekt enthalten, sich auf die Themen Umwelt, Natur, Klima oder ökologische Nachhaltigkeit beziehen sowie im Bezirk Mitte realisiert werden. Die Mittel können für Honorare, Aufwandsentschädigungen, Sachkosten sowie eine Gemeinkostenpauschale verwendet werden. Interessierte sollen ihre Antragsunterlagen bis zum 31. März 2025 per E-Mail an magdalena.adamczyk-lewoczko@ba-mitte.berlin.de einreichen. Nach einer formellen Prüfung entscheidet eine unabhängige Aktionsfondsjury über die Vergabe der Fördermittel. Mehr Informationen zum Förderaufruf sowie die Bewerbungsformulare finden Sie auf der Webseite des Umwelt- und Naturschutzamtes Mitte.

Sicher zur Schule

Schulische »Mobilitätsgremien« einrichten!

Im Bezirk Mitte existiert seit Februar 2024 die »Arbeitsgemeinschaft Schulwegsicherheit«, in der sich vierteljährlich das Schul- und Sportamt, das Straßen- und Grünflächenamt sowie das Ordnungsamt über die Verbesserung der Sicherheit auf Schulwegen austauschen. Eltern können sich über schulische »Mobilitätsgremien« an diese AG wenden.

Die Einschulungsbereiche der Grundschulen im Bezirk Mitte ändern sich – und damit auch die Schulwege der Kinder. Zuletzt etwa wurde in der Nördlichen Luisenstadt die neue Grundschule in der Adalbertstraße eröffnet. Im Wedding bezog die leidgeprüfte Mowensee-Grundschule ein neues Domizil in der Reinickendorfer Straße. Schon etwas länger gibt es die neue »Grundschule am Nordhafen«, unter anderem für die Schulkinder aus der neuen Europa-City in Moabit. Dazu wurden die Kapazitäten von etlichen bestehenden Grundschulen mit Hilfe »Mobiler Erweiterungsbauten« aufgestockt. Deshalb ändern sich die Einzugsbereiche vieler Grundschulen grundsätzlich. Und oft stellen sich jetzt neue Fragen zur Schulwegsicherheit.

Zum Beispiel an der Köpenicker Straße unweit der neuen Grundschule Adalbertstraße. An der Ecke von Adalbert- und Köpenicker Straße liegt das »A&O-Hostel Berlin-Mitte«. Das zählt zwar nicht zu den berühmten Berliner Hotels, da es überwiegend aus Vier- bis Sechsbettzimmern besteht, ist es aber dennoch eines der meistbesuchten der Stadt. Und weil es vor allem von Schulklassen auf Klassenfahrt angesteuert wird, drängeln sich vor dem Hotel häufig Reisebusse und verursachen ein sehr spezielles Verkehrschaos.



Ch. Eckelt

Für Schulkinder ist das mit Risiken verbunden: Hinter einem großen Reisebus sind sie nämlich praktisch unsichtbar. Aber zur nächsten Ampel über die Köpenicker Straße sind es von der Einmündung der Adalbertstraße aus gut 250 Meter. Um zur Bushaltestelle auf der anderen Straßenseite zu gelangen, müssen die Kinder diesen Weg zweimal machen, also einen Umweg von mehr als einem halben Kilometer gehen. Eine Ampel an dieser Stelle wäre dringend erforderlich – bevor sich ein tragischer Unfall ereignet. Auf die Warnungen der Betroffenenvertretung des Sanierungsgebiets Nördliche Luisenstadt hat die zuständige Senatsverwaltung für Verkehr (SenMVKU) jedoch bislang noch nicht reagiert.

Der Bezirk rät jetzt besorgten Eltern in diesem und in vergleichbaren Fällen, einerseits dem Ordnungsamt Hinweise zu geben. Mit Hilfe der berlinweiten App »Ordnungsamt Online« kann man die Gefahrenstelle benennen, sie auf einer Karte markieren und sie gegebenenfalls fotografisch dokumentieren. Das Ordnungsamt sammelt die Fälle und bringt sie in die bezirkliche AG Schulwegsicherheit ein. Andererseits empfiehlt das Bezirksamt, die schulischen Mobilitätsgremien in Anspruch zu nehmen. §17 des Berliner Mobilitätsgesetzes schafft dafür die rechtliche Grundlage: »An allen Schulen, an denen es Hinweise auf Probleme mit der Schulwegsicherheit gibt, sollen Gremien für Mobilität geschaffen werden,« so heißt es im Absatz (5) und weiter: »Bei der Prüfung von Vorschlägen der Gremien durch zuständige Stellen des Landes Berlin ist in Abwägungsentscheidungen der Schulwegsicherheit grundsätzlich die höchste Priorität einzuräumen.« Die Mobilitätsgremien sollen aus Schülerinnen und Schülern, Eltern und Schulpersonal bestehen, sich bei Bedarf vernetzen und »relevante Akteure« einbinden. Sie sind also ausdrücklich dazu aufgefordert, auch über die Schulbürokratie hinweg aktiv zu sein.

Seit dem 20. Dezember sind zudem die Schulwegpläne des Bezirks Mitte auf der Homepage des Schulamtes »Sicher zur Schule« online. Hier finden sich kindgerecht aufbereitete Umgebungspläne vieler Grundschulen, allerdings nicht aller (die Nördliche Luisenstadt scheint da gar nicht zu existieren), zudem sind sie in der Regel veraltet. Sie zeigen meist den Zustand von 2021, seitdem wurden die meisten Schulbereiche aber grundsätzlich neu zugeschnitten. Und in vielen Kiezen ist auch verkehrlich einiges passiert: So wurden zum Beispiel »Kiezblocks« eingerichtet und neue Fahrradstraßen markiert, die in den Karten nicht eingetragen sind. Man kann sich die Pläne aber dennoch sehr gut zusammen mit seinen Kindern betrachten und dabei über deren Erfahrungen auf dem Schulweg reden. Der Pfad zu »Sicher zur Schule« findet sich auf www.berlin.de/unterMitte/PolitikUndVerwaltung/Aemter/SchulUndSportamt/Schule.



Ch. Eckelt

Unter deutscher Verwaltung

Mitte internationalisiert sich rasant – die Verwaltung hinkt noch hinterher

Berlin-Mitte ist längst ein internationaler Bezirk. Deutlich mehr als die Hälfte der Einwohner hat einen persönlichen Migrationshintergrund, stammt also entweder selbst aus dem Ausland oder hat zumindest einen Elternteil, der eingewandert ist. Gut 37 % der Einwohner in unserem Bezirk besitzen keine deutsche Staatsbürgerschaft, etwa 20 % sind eingebürgerte Deutsche oder deren direkte Nachkommen – und nur von etwa 42 % der Bevölkerung in Mitte haben beide Elternteile seit ihrer Geburt eine west- oder ostdeutsche Staatsbürgerschaft.

In der Verwaltung des Bezirks arbeiten dagegen nach wie vor ganz überwiegend Deutsche ohne Migrationshintergrund. Nach den Ergebnissen einer Befragung von Mitarbeitenden der Berliner Verwaltung im vergangenen Jahr haben bislang nur 23,8 % der insgesamt 3326 Beschäftigten des Bezirks Mitte den besagten migrantischen Hintergrund. Der Wert liegt dabei nur geringfügig über dem Durchschnittswert der Berliner Verwaltung (21,7 %). Mit 57,8 % verfügt Mitte dagegen über einen größeren Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund als jeder andere Bezirk und jede Kommune in Deutschland. Lediglich Hamburg-Mitte kommt uns mit 55 % noch nahe. Auch in Berlin-Neukölln bilden Menschen mit Migrationshintergrund mit 50,7 % noch die Mehrheit, Friedrichshain-Kreuzberg liegt nach den aktuellen Daten der Einwohnermeldestatistik knapp unter dieser magischen Schwelle.

Seit 2014 ist die Zahl der im Bezirk Mitte gemeldeten Menschen ohne deutschen Pass um etwa 41.000 angestiegen,

die der Einwohner mit deutscher Staatsbürgerschaft dagegen um etwa 2000 gefallen – und das, obwohl hier zum Teil deutlich mehr als 1000 Personen pro Jahr neu eingebürgert werden. Dabei zeigt sich einmal mehr: Wer neu nach Berlin zieht, der wohnt am liebsten zunächst in zentralen Bereichen der Stadt. Erst später, wenn man Orientierung gewonnen, seine Lebensverhältnisse stabilisiert und einen festen Arbeitsplatz gefunden hat, sucht man sich einen Lebensort in der Außenstadt oder im Umland. An diesem Muster hat sich grundsätzlich wenig geändert – wohl aber die Herkunftsgebiete der Menschen, die neu nach Berlin ziehen. So kamen in den 2000er Jahren noch etwa zwei Drittel der neuen Bewohner von Mitte aus anderen deutschen Bundesländern. Jetzt, in den 2020er Jahren, sind es weniger als ein Drittel. Und der Rest kommt von immer weiter her: Zwischen 2012 und 2018 wuchs Berlin vor allem aufgrund des Zuzugs aus anderen EU-Ländern. In diesem Zeitraum schnellte die Gesamtzahl der EU-Bürger in Berlin um 46 % in die Höhe. Seitdem aber stagniert dieses Wachstum, es ziehen inzwischen fast genauso viele EU-Bürger aus Berlin weg wie hier neu ankommen. Viele EU-Staaten kämpfen nämlich mit ähnlichen demografischen Problemen wie Deutschland. Auch dort gehen die »Baby-boomer« in Rente und können von den zahlenmäßig wesentlich schwächeren »Millennials« nicht ersetzt werden. Die stärkste Zuwanderung nach Berlin kam 2023 aus der Ukraine (fast 12.000), gleichzeitig kehrten aber auch mehr als 6000 Personen wieder dorthin zurück. Unterm Strich wuchs die ukrainische Bevölkerung Berlins um etwa 5.500. Die stärkste Netto-Zuwanderung kam 2023 dagegen aus der krisengeschüttelten Türkei (7.300) und die zweitstärkste aus Indien (6.000), mit dem im März 2023 ein Migrationsabkommen in Kraft getreten war. Ähnliche Partnerschaften wurden seitdem mit zahlreichen Ländern auf unterschiedlichen Kontinenten vereinbart: Kolumbien, Marokko, Kenia, Usbekistan, Ghana, Georgien und Moldau. Mit den Philippinen und mit Kirgisistan wird aktuell verhandelt.

Man kann also davon ausgehen, dass auch in den kommenden Jahren wieder Menschen aus allen Kontinenten zu uns kommen werden. Für seine Verwaltung sucht der Bezirk Mitte deshalb mit besonderem Nachdruck neue Mitarbeitende mit Migrationshintergrund. Aber natürlich sind dafür sehr gute Deutschkenntnisse Voraussetzung, bei Beamten sogar eine EU-Staatsbürgerschaft. In der Wirtschaft ist man flexibler, im IT-Bereich etwa spricht man fast überall inzwischen regulär Englisch am Arbeitsplatz. Möglicherweise müssen sich irgendwann auch Teile der Verwaltung diesem Trend anpassen. An den Hochschulen hat dieser Prozess schon begonnen, hier werden auch immer mehr Lehrveranstaltungen auf Englisch abgehalten. Vielleicht gibt es irgendwann auch »English speaking counters« in den Bürgerämtern. Oder »offices« im Stadtplanungsamt? Denn auch die Investoren kommen ja zunehmend aus dem Ausland. cs

Vandalen gegen Parkraumbewirtschaftung

Bedrohung nicht nur durch Böller, sondern auch durch fragwürdige politische Vorstöße

Rund um den Jahreswechsel sind im Bezirk Berlin-Mitte 30 Parkscheinautomaten durch Feuerwerkskörper beschädigt worden. Die Schadenssumme beläuft sich dabei auf rund 50.000 Euro. Das ist deutlich mehr als im Jahr zuvor: um Silvester 2023/24 waren insgesamt 20 Parkscheinautomaten zu Schaden gekommen. Die meisten Parkscheinautomaten wurden in Moabit, Gesundbrunnen und Wedding zerstört. Täter konnten bislang nicht ermittelt werden.

Seit einigen Jahren sichert das Ordnungsamt die Parkscheinautomaten rund um den Jahreswechsel gegen Vandalismus. So werden die Münzschlitze durch eine Fernschaltung verriegelt und teilweise auch die Kartenleser mit einem gesonderten Schutz versehen. Ein flächendeckender Silvesterschutz würde aber rund 100.000 Euro kosten – dazu sind keine Mittel im Haushalt des Bezirks vorgesehen. Der Bezirk hat zwar auch beträchtliche Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung. Dabei spülen vor allem die hohen Parkscheingebühren und die Einnahmen durch »Knöllchen« Geld in die Bezirkskassen. Nach Angaben des rbb hat der Bezirk Mitte nach Abzug der Kosten im vergangenen Jahr rund 25 Millionen Euro durch die Parkraumbewirtschaftung eingenommen. Allerdings vermeldete er in einem anderen Zusammenhang, dass die Gebühreneinnahmen durch die Parkvignetten nicht ausreichten, um die dabei entstehenden Verwaltungskosten zu decken.

Parkvignetten weiterhin fast umsonst

Die Vignetten kosten derzeit für Anwohnende in Berlin 10,20 Euro pro Jahr – nirgendwo sonst in Deutschland sind sie auch nur annähernd so preisgünstig. Meist werden jährlich rund 30 Euro erhoben, in manchen Kommunen sogar schon über 200 Euro. Trotz der extremen Haushaltskrise der Stadt und trotz anderslautender Vereinbarungen im Koalitionsvertrag macht der Berliner Senat bislang aber noch keine Anstalten, die Gebühren für die Parkvignetten zu erhöhen.

Dabei stehen die beinahe kostenfreien Parkplätze für Anwohnende auf öffentlichem Straßenland in einem krassen Missverhältnis zu den Kosten, die Hauseigentümer für den Unterhalt von Tiefgaragen und Parkdecks aufbringen müssen. Über mehr als ein halbes Jahrhundert hinweg, zwischen 1939 und 1997, waren sie gesetzlich dazu gezwungen, beim Neubau von Wohnungen Pkw-Stellplätze nachzuweisen, zuletzt sogar einen für jede neue Wohneinheit. Bei größeren Wohnanlagen entstanden oft große Tiefgaragen oder Parkdecks, die heute aber zu großen Teilen leer stehen und sich kaum wirtschaftlich betreiben lassen. Wer um die 50 Euro im Monat, manchmal auch deutlich über

100 Euro im Monat für einen Stellplatz entrichten soll, aber gleichzeitig für weniger als 2 Euro im Monat privilegiert auf der Straße parken darf, der überlegt es sich dreimal, einen Vertrag mit seinem Vermieter abzuschließen. Auch der Versuch, die personalintensive Kontrolle der Parkraumbewirtschaftung durch digitale Verfahren zu vereinfachen, ist im Berlin vorläufig gescheitert. Das Projekt »Scancar«, bei dem die Nummernschilder der in Zonen der Parkraumbewirtschaftung auf öffentlichem Straßenland abgestellten Kfz von vorbeifahrenden Fahrzeugen des Ordnungsamtes automatisch digital eingelesen werden, ist vom Senat gestoppt – wegen »datenschutzrechtlicher Bedenken«.

CDU für Flatrate-Parken

In der Berliner CDU wurden gleichzeitig Forderungen laut, eine Art »Flatrate« für die Parkraumbewirtschaftung einzuführen. Die FDP im Bund machte während des Wahlkampfes sogar ein deutschlandweites Flatrate-Parken zum Vorschlag, nach dem Vorbild des 49-Euro Tickets für den öffentlichen Nahverkehr. In einem Interview im Tagesspiegel vom 20. Januar hatte der Fraktionsvorsitzende der CDU im Abgeordnetenhaus Dirk Stettner eine Parkvignette fürs gesamte Zentrum ins Gespräch gebracht: »Wir möchten auch dafür sorgen, dass Menschen, die aus den Außenbezirken einpendeln oder sich innerhalb Berlins mit dem Auto bewegen müssen, die Möglichkeit zum günstigen Parken erwerben können.« Dabei verkennt er allerdings die wichtigste Leistung der Parkraumbewirtschaftung: Sie hält Berufspendler von der Innenstadt fern und verweist sie auf den öffentlichen Nahverkehr. Nur deshalb sind auch in Stoßzeiten die Berliner Straßen für motorisierte Handwerker, Lieferdienste, Pflegerinnen und Pfleger sowie für die Busse und Trams der BVG noch einigermaßen passierbar. Mit Flatrate-Parken für Besserverdienende aus den Außenbezirken näherten wir uns dagegen wieder dem allgemeinen Verkehrsinfarkt. cs



Ch. Eckelt

Am Ende wird gezahlt – aber wieviel?

Am Ende der Sanierung müssen Grundstückseigentümer Ausgleichsbeträge zahlen

Die Sanierungsgebiete in Mitte nähern sich allmählich ihrem Ende: Im Jahr 2026 werden die Gebiete Turmstraße, Müllerstraße und Nördliche Luisenstadt, die im Jahr 2011 per Rechtsverordnung als »förmlich festgesetzte Sanierungsgebiete« ausgewiesen wurden, aus der Sanierung entlassen. Zum Ende der Sanierung werden auch die sogenannten Ausgleichsbeträge fällig, die laut Baugesetzbuch von den Eigentümerinnen und Eigentümern im Gebiet entrichtet werden müssen. Demnach haben die »Eigentümer zur Finanzierung der Sanierung einen Ausgleichsbetrag in Geld zu entrichten, der durch die Sanierung bedingte Erhöhung des Bodenwertes seines Grundstückes entspricht« (§ 154 [1] BauGB).

Die Erfahrung zeigt jedoch, dass nicht wenige Eigentümerinnen und Eigentümer davon regelrecht überrascht werden – teils war ihnen noch nicht einmal bewusst, dass sich ihre Immobilien in einem Sanierungsgebiet befinden, obwohl ihre Grundstücke einen entsprechenden Vermerk im Grundbuch haben. Und viele verstehen nicht, warum sie am Ende der Sanierung plötzlich an die Kommune zahlen sollen.

Dabei geht der Gesetzgeber davon aus, dass das Gebiet durch die im Gebiet investierten Fördermittel der öffentlichen Hand eine deutliche Aufwertung erfahren hat. Daraus resultiert eine Bodenwertsteigerung, von der auch die Eigentümerinnen und Eigentümer innerhalb des Sanierungsgebiets profitieren. Als Ausgleich dafür müssen sich Eigentümerinnen und Eigentümer anteilig an den angefallenen Sanierungskosten beteiligen.

Der Ausgleichsbetrag wird für jedes Grundstück einzeln ermittelt. Innerhalb von vier Jahren nach der Beendigung der Sanierung erlässt das Bezirksamt für jedes Grundstück einen Bescheid über die Höhe der Ausgleichszahlung. Der Gesetzgeber ermöglicht es den Eigentümerinnen und Eigentümern jedoch auch, mittels einer Ablösevereinbarung schon vor der Aufhebung des Sanierungsgebiets den Ausgleichsbetrag zu vereinbaren. Der Bezirk räumt ihnen zudem die Möglichkeit ein, die eingezahlten Mittel bis zur Beendigung der Sanierung zur Förderung von Begrünungsmaßnahmen auf dem eigenen Grundstück einzusetzen. Generell werden die Ausgleichsbeträge, die die Kommune bei der Aufhebung der Sanierungsgebiete einnimmt, in die noch bestehenden oder aber in neu aufgelegte Sanierungsgebiete reinvestiert.

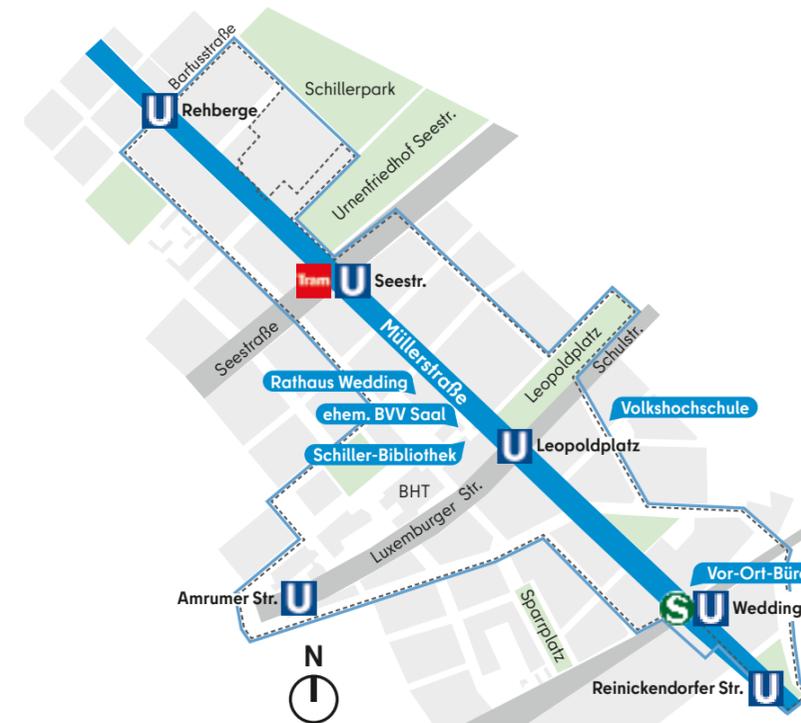
Soweit das grundsätzliche Konstrukt. In der Praxis gibt es jedoch derzeit noch Fragezeichen bei der Berechnung der jeweiligen Ausgleichsbeträge. Ein grundlegendes Problem sind dabei die exorbitanten Bodenwertsteigerungen der letzten zehn bis 15 Jahre insbesondere in der Berliner Innenstadt, die der Gesetzgeber in den 1970er Jahren nicht voraussehen konnte.

Zur Explosion der Bodenpreise haben viele Faktoren beigetragen – das erschwerte es, den »durch die Sanierung bedingten Anteil« herauszufiltern, zumal die Steigerungen nicht nur berlinweit differieren, sondern sogar innerhalb des Bezirks Mitte. In der Nördlichen Luisenstadt etwa hat sich der Bodenrichtwert zwischen 2011 und 2022 etwa verzehnfacht, ging aber 2024 wieder zurück auf das Sechsfache des Wertes bei der Festsetzung des Sanierungsgebietes. An der Turmstraße lag er 2024 genau fünfmal so hoch wie 2011, erreichte aber 2022 auch schon mehr als das Achtfache. In der Müllerstraße hat er sich seit 2011 mehr als siebenfacht, wobei er 2022 schon mal auf mehr als das Zehnfache geklettert war. Was also ist vor allem der Innentadtlage und den Begehrlichkeiten von Investoren geschuldet – und was ist auf die reale Verbesserung des Wohnumfeldes zurückzuführen?

Angesichts dieser neuen Fragestellung hatten sich die Bezirke an die zuständige Senatsverwaltung mit der Bitte um Klärung gewandt – auch deshalb, weil nicht wenige Eigentümerinnen und Eigentümer eine vorzeitige Ablösevereinbarung abschließen wollen. Doch der Senat verwies die Aufgabe letztlich wieder an die Bezirke zurück und desweiteren auf den Gutachterausschuss. Dieses unabhängige Gremium ermittelt jährlich den Bodenrichtwert auf der Grundlage sämtlicher Kaufverträge in der Stadt. Doch auch die Gutachter (Sachverständige wie Bau- oder Vermessungsingenieure, Architekten, Immobilienökonominnen) sind meist nicht mit den Besonderheiten der Sanierungsgebiete vertraut.

Der Bezirk Mitte hat für die Sanierungsgebiete Nördliche Luisenstadt und Turmstraße berlinweit die ersten beiden Anträge auf die Ermittlung der »besonderen Bodenrichtwerte« gestellt. Der Gutachterausschuss ermittelt damit zum ersten Mal den besonderen Bodenrichtwert nach den neuen Ausführungsvorschriften des Landes Berlin. Hierfür wurden ihm vom Bezirk und der Prozesssteuerung der Sanierungsgebiete alle notwendigen Informationen zur Verfügung gestellt.

us



Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und Facility Management: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
ephrain.gothe@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiter (komm.): Herr Giebel,
Zimmer 106, (030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: Di und Do 9–12 Uhr,
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiterin: Mandy Adam
(030) 90 18-457 27

Lebendiges Zentrum und Sanierungsgebiet Müllerstraße
Piotr Sosinski (030) 901 84 54 09
piotr.sosinski@ba-mitte.berlin.de
Dr.-Ing. Salma Khamis (030) 901 84 57 61
salma.khamis@ba-mitte.berlin.de

Prozessmanagement
Jahn, Mack und Partner
Wilhelm-Kabus-Straße 74, 10829 Berlin
Karsten Scheffer (030) 85 75 77 28
Louise Thoeming (030) 857 57 71 39
muellerstrasse@jahn-mack.de
www.jahn-mack.de
Geschäftsstraßenmanagement:
Martina Trapani (030) 857 57 71 38
M.Trapani@jahn-mack.de

Stadtteilvertretung Müllerstraße
Vor-Ort-Büro des Lebendigen Zentrums
Müllerstraße 12, 13353 Berlin
menschmueller@stadtteilvertretung.de
www.stadtteilvertretung.de
E-Mail-Nachrichten:
mitteilungen@stadtteilvertretung.de



Informationen und Dokumentationen zum Lebendigen Zentrum Müllerstraße sowie frühere Ausgaben dieser Zeitung finden Sie auf der Website:
www.muellerstrasse-aktiv.de

-  Veranstaltungsorte
-  Müllerstraße
-  Programmkulisse Lebendiges Zentrum
-  Sanierungsgebietsgrenze

Runder Tisch Leopoldplatz
Andreas Funke
Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin
(030) 90 18-322 55

Quartiersmanagement Pankstraße
Prinz-Eugen-Straße 1, 13347 Berlin
(030) 74 74 63 47
qm-pank@list-gmbh.de
www.pankstrasse-quartier.de

Runder Tisch Sprengelkiez
Sprengelstraße 15, 13353 Berlin
(030) 20 06 78 85
info@runder-tisch-sprengelkiez.de
www.runder-tisch-sprengelkiez.de

Mieterberatung Wedding
für Bewohner der Milieuschutzgebiete Sparrplatz, Leopoldplatz und Seestraße sowie des Sanierungsgebietes Müllerstraße
Mo 10–13 Uhr, telefonisch: (030) 44 33 81-11 und Do 15–18 Uhr im Vor-Ort-Büro Müllerstraße 12
www.mieterberatungpb.de
team-wedding@mieterberatungpb.de



Ch. Eckelt



ECKENSTEHER

Wie wird im Wedding gesprochen?

Ich mag den »Weddingweiser«. Hier finden sich immer auch spannende Geschichten zu der Gegend, in der ich lebe. Neulich aber fand ich einen Artikel recht seltsam. »Wie im Wedding gesprochen wird« lautete die Überschrift. Und weiter: »Hier wird noch berlinert, aber nicht nur: Denn auch türkische und arabische Einflüsse hört man im lokalen Dialekt.«

Ich weiß nicht, woher der ungenannte Autor des Textes seine Erkenntnisse über die Alltagssprache im Wedding bezieht. Ich nutze jedenfalls häufig den BVG-Bus, aber immer ohne Smartphone. Statt über den Bildschirm zu wischen, gucke ich lieber hinaus in den Kiez und spitze auch gelegentlich mal die Ohren. Begriffe, wie sie der Weddingweiser als typisch für den Wedding aufführt, habe ich da noch nie gehört. »Mit der Familie fängt es schon mal an,« schreibt mein Lieblings-Online-Magazin. »Hier gibt es die ›Keule‹ (kleiner Bruder), weniger bekannt sind ›Atze‹ (großer Bruder oder Freund)

oder die ›Schwelle‹ (Schwester). Die ›Ollen‹ sind aber natürlich die Eltern. Die Olle in der Einzahl ist hingegen die Ehefrau, der Olle dementsprechend der Ehemann. Eine Lebensabschnittsgefährtin hingegen ist eine Ische.«

»Ische« – das Wort kenne ich aus dem Prime Time Theater. Im Alltag habe ich es noch nie gehört. Man hört im Wedding aber auch sonst kaum noch irgendwo den alten Berliner Dialekt mit »icke« und »jut«. Stattdessen sagen die jungen Leute hier ständig »yallah« – und nicht nur die aus den muslimischen Familien.

Ich gehöre zu den Weddingern mit rheinischem Migrationshintergrund, stehe also nicht unter dem Einfluss einer berlinernden Verwandtschaft. Die dürfte sich selbst bei den Ur-Weddingern jedoch größtenteils in die Außenbezirke oder ins Umland verzogen haben. Wir Eingewanderten stellen hier nämlich schon längst die absolute Mehrheit. An den Schulen und Kitas haben im Schnitt rund drei Viertel der Kinder sogar einen ausländischen Migrationshintergrund. Umgangssprachlich braut sich da also gerade etwas ganz Neues zusammen: etwas, das mit Altberlinerisch überhaupt nichts zu tun hat. Ich fände es spannend, wenn mal jemand dieses Phänomen genauer unter die Lupe nehmen würde. Die Sprachwissenschaft müsste sich doch eigentlich für so einen Prozess interessieren. Vielleicht kann jemand, der oder die das tagtäglich mitbekommt, ja mal im »Weddingweiser« seine oder ihre Erkenntnisse dazu veröffentlichen. Ich kommentiere dann auch, versprochen!

cs